



Foto: dpa

USA-Besuch

## „Unter Freunden“

**Mit diesen Worten charakterisierte Bundeskanzlerin Angela Merkel ihren Antrittsbesuch in den USA.**

„Es war ein wichtiger, erfolgreicher Besuch“ bewertete die Vorsitzende der CDU Deutschlands ihre Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush sowie hochrangigen Regierungsvertretern. Nach

einem eineinhalbstündigen Vier-Augen-Gespräch mit Bush betonte Angela Merkel vor allem die Übereinstimmung in zentralen politischen Fragen. Das „offen, freundschaftlich und vertrauensvoll“ geführte Gespräch könne „ein neues Kapitel in den deutsch-amerikanischen Beziehungen“ aufschlagen, zeigte sich ▶

### INHALT

Ronald Pofalla:  
Arbeitslosigkeit ist  
größte soziale  
Ungerechtigkeit

Seite 4

Baden-Württemberg:  
Abbau der Arbeits-  
losigkeit – wichtigster  
Auftrag

Seite 5

► die Bundeskanzlerin zuversichtlich. Dazu müssten die transatlantischen Kontakte wieder intensiviert und ein Klima der Offenheit und Verlässlichkeit geschaffen werden. „Was verabredet wird, wird eingehalten“, erklärte Merkel. Auch müsse die Zusammenarbeit in Zukunft über den Anti-Terror-Kampf hinausgehen, Wirtschaft und Forschung müssten stärker mit einbezogen werden. Deutschland sei ein verlässlicher Partner der USA, versicherte die Bundeskanzlerin.

Bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus vereinbarten beide Seiten zugleich eine engere Zusammenarbeit. Merkel bezeichnete den Terrorismus als „die große Bedrohung des 21. Jahrhunderts“. Bereits am Abend zuvor hatte die Bundeskanzlerin anlässlich eines Abendessens in der Deutschen Botschaft dafür geworben, dem internationalen Terrorismus durch einen Ausbau der NATO zu einem politischen Bündnis wirkungsvoller zu begegnen. „Nur so kann man die NATO auch



Foto: dpa

Der scheidende Notenbankchef der USA, Alan Greenspan, Bundeskanzlerin Angela Merkel und der ehemalige Außenminister der USA, Colin Powell (v.l.) anlässlich eines Abendessens auf Einladung des deutschen Botschafters. An dem Abendessen in der Residenz des deutschen Botschafters nahmen rund 190 Gäste, darunter zahlreiche ranghohe US-Vertreter aus Politik und Wirtschaft, teil.

wieder wirklich zu einem Akteur bei der Herausforderung der Bekämpfung des Terrorismus machen, der umfassend wirkt“, erklärte sie. Die NATO solle das Gremium sein, in dem solche Fragen zuerst besprochen werden sollten.

Trotz des positiven Gesprächsklimas verwies Merkel auch auf nach wie vor bestehenden Meinungsverschiedenheiten, betonte aber, dass es in erster Linie zähle, dass sich beide Seiten wieder „offen allen Fragen stellten“. Sie „sehe die Chance, dass ein Klima der Offenheit“ entstehe, bei dem man sagen könne, „hier sind wir gleicher

Meinung und hier sind wir unterschiedlicher Meinung“. Als Beispiel nannte Merkel das von ihr kritisierte US-Gefangenlager Guantanamo auf Kuba, das sie auch gegenüber Bush angesprochen habe.

Einig waren sich die deutsche Bundeskanzlerin und der amerikanische Präsident in der Frage um den Atomstreit mit dem Iran. „Wir haben den Wunsch, diese Frage diplomatisch zu lösen, durch Zusammenarbeit“, erklärten beide Regierungschefs übereinstimmend. Beide Politiker betrachteten die Einschaltung des Welt-sicherheitsrates als richtigen Schritt dazu.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Russland-Besuch

## Offener Dialog

„Es war ein gutes, wichtiges erstes Treffen“, bewertete Bundeskanzlerin Angela Merkel ihr Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Anlässlich ihres Antrittsbesuches in Moskau sprach die Parteivorsitzende von einem „offenen Dialog“, bei dem Merkel und Putin einen Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen ankündigten. Beide Seiten stimmten darin überein, die „Zusammenarbeit in Außenpolitik, Wirtschaft und humanitären Fragen“ ausbauen zu wollen.

Gemeinsam verteidigten Merkel und Putin den Bau der Ostsee-Pipeline. Die Direktleitung nach Deutschland sei ein „Projekt, das gegen niemanden gerichtet“ sei, so die Bundeskanzlerin. Es sei von großer strategischer Bedeutung für Deutschland und stelle keine Bedrohung für die Nachbarstaaten dar.

Angesprochen wurden aber auch Themen, bei denen „wir vielleicht nicht sofort einer Meinung sind“, so die Parteivorsitzende. Es habe einen sehr ausführlichen und freimütigen Austausch zum Thema Tschetschenien und Nordkaukasus gegeben, erklärte



Bundeskanzlerin Merkel und Russlands Präsident Putin

Foto: dpa

Merkel. Sie werde sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union einen Beitrag leiste, dass es in dieser Region schnell zu einer positiven Entwicklung komme. Als weiteren strittigen Punkt nannte Bundeskanzlerin Merkel das neue russische Gesetz zur Regelung des Umgangs mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Die deutsche Regierungschefin forderte Russland auf, die Arbeitsbedingungen der NGOs nicht einzuschränken.

Im Streit um das Atomprogramm des Iran beschlossen beide Seiten eine enge Zusammenarbeit. Putin betonte, die russischen Positionen seien denen der EU und USA „sehr nahe“. Bereits im April werden beide Politiker

anlässlich der Regierungskonsultationen in Tomsk ihre Gespräche fortsetzen. Außerdem lud Bundeskanzlerin Merkel den russischen Kreml-Chef zur Internationalen Luft- und Raumfahrtausstellung Mitte Mai in Berlin sowie zu den 800-Jahr-Feiern in Dresden im Herbst ein.

Im Anschluss an ihre Gespräche mit Putin traf sich die Parteivorsitzende in der Residenz des deutschen Botschafters mit Bürgerrechtlern, Parlamentariern, Kirchenvertretern, Managern, Künstlern und Wissenschaftlern. Nach diesen Gesprächen sagte Merkel, sie habe „Positives und auch Problematisches“ erfahren. Sie sei auf „sehr engagierte und hoffnungsvolle“ Menschen getroffen.

Ronald Pofalla

## Arbeitslosigkeit ist größte soziale Ungerechtigkeit

**Es ist erfreulich, dass nun offenbar auch die Sozialdemokraten zu der Einsicht gelangt sind, dass das Thema Gerechtigkeit grundlegend neudiskutiert werden muss.**

Angesichts einer sich dramatisch verändernden Welt müssen wir neue Wege gehen. Wir brauchen ein neues Verständnis von Gerechtigkeit, das diesen veränderten Gegebenheiten Rechnung trägt. Wir wollen eine Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit. Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass die SPD auf ihrer Klausurtagung ihre Bereitschaft signalisiert hat, ihre eigene



Ronald Pofalla, CDU-Generalsekretär

Programmatik im Licht der neuen Realitäten kritisch zu beleuchten.

Die größte soziale Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft ist nach wie vor die Massenarbeitslosigkeit. Leider ist dieses Thema bei

der SPD-Klausur zu kurz gekommen. Wir können und wollen uns nicht mit der Tatsache abfinden, dass mehr als vier Millionen Menschen in Deutschland noch immer ohne Arbeit sind. Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung, um eine dauerhafte Trendwende auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. Gerecht ist, was Arbeit schafft!

Insbesondere die rund zwei Millionen Arbeitslosen ohne Berufsausbildung brauchen wieder eine Chance. Daher wollen wir noch in diesem Jahr ein Konzept für ein effizientes Kombilohn-Modell vorlegen.

### MERKEL TRIFFT DE VILLEPIN

**Im Streit um das Atomprogramm des Iran streben Deutschland und Frankreich ein möglichst breites internationales Bündnis an, um Teheran doch noch zu einer Änderung seiner Haltung zu bewegen.**

Dies bekräftigten Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Premierminister Dominique de Villepin nach einer gemeinsamen

Unterredung in Berlin.

Daneben diskutierten Merkel und de Villepin europapolitische Fragen. Die Kanzlerin betonte, aus ihrer Sicht sei es „dringend erforderlich, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, wozu wir Europa brauchen und welche praktischen Probleme nur in Europa gelöst“ werden könnten. Insbesondere



sprach sich die Kanzlerin dafür aus, die deutsch-französische und die europäische Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Entwicklung noch enger zu gestalten.

Baden-Württemberg

## „Arbeitslosigkeit abbauen!“

**Der Abbau der Arbeitslosigkeit sowie bessere Betreuung und Bildung für die junge Generation sind nach Ansicht von Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther H. Oettinger die Hauptaufgaben für Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik.**

„Lassen Sie uns daran arbeiten, dass der Arbeitsmarkt für jeden chancenreich bleibt“, sagte der baden-württembergische Landesvorsitzende beim traditionellen Neujahrsempfang der Landesregierung im Neuen Schloss in Stuttgart. Er warb zugleich um Unterstützung für sein Projekt Kinderland. Baden-Württemberg weise



Günther H. Oettinger

im Unterschied zum übrigen Bundesgebiet noch immer einen Bevölkerungszuwachs und einen Geburtenüberschuss auf. Dies zeige, dass das Land auf einem guten Weg sei, sagte Oettinger, der mit seiner Ehefrau und rund 2.500 Besuchern aus dem ge-

samten Südwesten den Beginn des Neuen Jahres feierte. Der Ministerpräsident rief zugleich dazu auf, stärker auf Gemeinsinn zu setzen und persönliche Anliegen im Interesse der Gesellschaft zurückzustellen: „Jeder einzelne sollte sich etwas mehr zurücknehmen. Besinnen wir uns noch mehr auf das Miteinander.“

Dazu sei der Fußball ein gutes Vorbild. In dieser Sportart, die Deutschland durch die Weltmeisterschaft in diesem Jahr die Gelegenheit gebe, sich als weltoffen und liberal zu präsentieren, seien „Teamgeist und Mannschaftsdienst“ ausschlaggebend für den Erfolg.

## ANGELA MERKEL ZU GAST IN SACHSEN-ANHALT

In ihrer Festrede anlässlich des Neujahrsempfanges der CDU Sachsen-Anhalt rief die CDU-Vorsitzende Angela Merkel die Menschen in Deutschland zu mehr Mut und Zuversicht auf. „Wenn wir nicht den Mut haben, Neues zu denken, werden wir den Entwicklungen in der Welt nicht standhalten“, sagte sie vor 1.400 Gästen. Mit Blick auf die Landtagswahlen im März lobte Merkel die Landesregierung von Ministerpräsident Wolfgang Böhmer als kompetentes und tatkräftiges Team, das in den zurückliegenden Jahren viele Reformen angepackt habe. „Niemand spricht mehr von Sachsen-Anhalt



als Land mit der roten Laterne“, führte die Parteivorsitzende die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt als Beispiel an. Spürbar aufgeholt habe Sachsen-Anhalt zudem beim Wirtschaftswachstum und in der Bildung, so Merkel weiter.

Rheinland-Pfalz

## „Getroffener Hund bellt“

„Die kritischen Anmerkungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes Rheinland-Pfalz haben ihre Wirkung nicht verfehlt.“

So kommentierte der Generalsekretär der CDU Rheinland-Pfalz, Claudius Schlumberger, den von SPD-Generalsekretär Lewentz veröffentlichten Brief an die Bundeskanzlerin. Darin versucht Lewentz die Feststellungen Merkels zu offenkundigen Schwachpunkten der SPD-Landespolitik zurückzuweisen. Dabei, so Schlumberger, arbeite Lewentz mit schon hinlänglich bekannten Halbwahrheiten und Tricks.

**Im Einzelnen stellte Schlumberger fest:**

**1.** Von 1991 bis 2004 weist die SPD-geführte rheinland-pfälzische Landesregierung die höchste Zunahme der Pro-Kopf-Verschuldung aller westlichen Flächenländer auf. Lewentz verschweigt die zahlreichen Nebenhaushalte, auf die die Landesregierung viele Kredite verlagert, zum Beispiel die Landesbetriebe mit eigener Kreditermächtigung, die



Claudius Schlumberger, Generalsekretär der CDU Rheinland-Pfalz

Uniklinik Mainz, die private Vorfinanzierung von Landesstraßen und Deichbauten. Für alle diese Schulden müssen aus dem Landeshaushalt Zinsen und Tilgung bezahlt werden.

**2.** Rheinland-Pfalz weist mit 286 die zweitniedrigste Zahl bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen je 1.000 Einwohner aller westdeutschen Länder auf. Es fehlen die Arbeitsplätze hier im Land. Über 240.000 fahren täglich in Nachbarländer zur Arbeit. Sonst hätten wir nicht 8,5 Prozent sondern 20 Prozent Arbeitslose. Genau das muss sich ändern.

**3.** Rheinland-Pfalz hat das zweitniedrigste Bruttoin-

landsprodukt je Einwohner in Westdeutschland. Das langjährige Wirtschaftswachstum ist unterdurchschnittlich. So hält man nicht den Anschluss an die Entwicklung in Deutschland.

**4.** Beim Bildungsranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft werden die Schulen und Hochschulen in unserem Land unter den unterschiedlichsten Gesichtspunkten so schlecht bewertet wie bei fast keinem anderen Land.

Claudius Schlumberger: „Niemand will Rheinland-Pfalz schlecht reden. Es geht aber darum, dass die SPD unser Land weit unter seinen Möglichkeiten regiert und auf entscheidenden Politikfeldern Versäumnisse hinterlässt, an denen wir in Zukunft hart arbeiten müssen. Wer auch in Zukunft gut sein will, muss heute wissen, wo er besser werden muss.“

Umfangreiche Informationen rund um die Landtagswahl finden Sie auf <http://www.cdurlp.de>



Hessen

## Sprachförderprojekt ausgeweitet

**Das gemeinsame Modellprojekt „Deutsch & PC“ der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und des Hessischen Kultusministeriums zur Förderung der Sprach-, Les- und Medienkompetenz von Zuwandererkindern in Hessen wird ausgeweitet.**

Die hessische Kultusministerin Karin Wolff und Roland Kaehlbrandt, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, überreichten den 44 neuen Projekt-schulen im Rahmen einer Feierstunde die Aufnahmeurkunden. „Das Erfolgskonzept von Deutsch & PC hat sich bewährt: Mit der Erweiterung des Projekts zum Schuljahr 2005/06 möchten wir möglichst viele Zuwandererkinder gezielt und individuell fördern und ihnen einen erfolgreichen Bildungsweg ermöglichen“, erklärten Wolff und Kaehlbrandt.

„Die Erfahrungen an allen „Deutsch & PC“-Schulen sind durchweg sehr positiv“, erklärte Kultusministerin Wolff. Kinder, die anfangs noch mit erheblichen Sprachschwierigkeiten in Deutsch zu kämpfen haben, holen innerhalb kurzer Zeit auf und schaffen den Anschluss an ihre deutschsprachigen Mit-



Karin Wolff, hessische Kultusministerin

schüler. Gleichzeitig profitieren auch die übrigen Kinder von der anfänglichen Trennung in den Fächern Deutsch und Mathematik: Sie kommen im Unterricht zügiger voran, da die Lehrkräfte keine zusätzliche Zeit für die Schülerinnen und Schüler mit Defiziten in der deutschen Sprache aufwenden müssen. „Die jüngsten PISA-Ergebnisse haben erneut bestätigt, dass die Beherrschung der deutschen Sprache der Schlüssel zum schulischen und beruflichen Erfolg von Zuwandererkindern ist“, betonte die Ministerin.

Das Projekt „Deutsch & PC“ ist Teil eines umfassenden schulischen Gesamtförderkonzepts der Hessischen Landesregierung für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Im Schul-

jahr 2004/05 besuchten rund 70.000 Schülerinnen und Schüler rund 6.200 Förderkurse zur Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse. Kurs- und Schülerzahl haben sich damit seit 1999 mehr als verdoppelt. Für das Gesamtförderkonzept stellt das Land im laufenden Schuljahr 965 Lehrstellen und damit mehr als 40 Mio. Euro zur Verfügung.

„Deutsch & PC“ wurde 2001 von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und dem Hessischen Kultusministerin an zunächst drei Grundschulen mit einem Zuwandereranteil von rund 70 Prozent im Frankfurter Gallusviertel ins Leben gerufen. Alle Erstklässler mit unzureichenden Deutschkenntnissen werden täglich in eigenen kleinen Fördergruppen parallel zur restlichen Klasse in Deutsch und Mathematik unterrichtet. Dieser Unterricht wird durch den Einsatz moderner Lernprogramme am PC ergänzt, die das individuelle Lernen unterstützen und den Kindern gleichzeitig grundlegende Kenntnisse im Umgang mit modernen Medien vermitteln. 2004 wurde das Projekt um 12 Grundschulen mit hohem Zuwandereranteil erweitert.

## Niedersachsen

## Dialog der Religionen verstärken

**Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff hat während einer Matinée der Eugen-Biser-Stiftung für größere Anstrengungen beim Dialog der Religionen und der Integration geworben.**

„Der Islam ist die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland. Rund 3,3 Millionen Muslime leben in unserem Land. Auch deshalb sind die Integration und die religiös-ethische Erziehung muslimischer Schüler im öffentlichen Bildungswesen wichtige und notwendige Aufgaben“, sagte Wulff. Der niedersächsische Landesvorsitzende merkte an, dass Islamische Religion bislang in keinem Bundesland als ordentliches Unterrichtsfach angeboten werde, obwohl täglich rund 750.000 Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens öffentliche Schulen in Deutschland besuchen.

### Landesweiter Schulversuch

„Allein die Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen bieten bisher landesweit entsprechende Fächer



Christian Wulff, niedersächsischer Ministerpräsident

an. Wir haben in Niedersachsen 2003 einen landesweiten Schulversuch gestartet: An 19 Grundschulen wird inzwischen konfessionsgebundener islamischer Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht in deutscher Sprache angeboten. Schüler, Eltern und Schulen haben das sehr positiv aufgenommen. Wir werden diesen Versuch weiter ausbauen.“

Die Niedersächsische Landesregierung plant ein Gremium, das die Lehrpläne und die Lehrerausbildung auch mit Repräsentanten der muslimischen Glaubensgemeinschaften abstimmt. „Die Vertreter muslimischen Glaubens haben darauf ebenso einen Anspruch, wie die Vertreter christlicher Konfessionen“, sagte Wulff. Zudem

wird es an der Universität Osnabrück das Fach „Islamische Religionspädagogik“ geben. Das Niedersächsische Wissenschaftsministerium hat den neuen Master-Studiengang als Erweiterungsfach für muslimische Lehramtsstudenten genehmigt. Seit 2004 bietet die Universität Osnabrück bereits einen Fernstudiengang zur Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern im Fach Islamischer Religionsunterricht an.



### WEB-TIPPS

Im CDU-Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de)

- „Aufschwung und Vertrauen. Politik im Dreiklang Investieren – Sanieren – Reformieren“: Ergebnispapier der Klausurtagung des Bundeskabinetts in Genshagen vom 9. bis 10. Januar 2006 (PDF-Dokument)

Im Internetangebot der Bundestagsfraktion unter [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)

- Das ändert sich ab 2006 – Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren wird umgesetzt: Neuregelungen/ Maßnahmen (3 PDF-Dokumente)

Österreichische Ratspräsidentschaft

# Gemeinschaftseuropa für Zukunftsaufgaben stärken

**Vertrauensbildung ist ein Schlüsselwort für den Erfolg der österreichischen Ratspräsidentschaft.**

Das betonte der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, im Plenum des Europäischen Parlaments. Vertrauen zwischen den Regierungen im Rat sei die Grundlage dafür, das Gemeinschaftseuropa und nicht nur nationale Interessen voranzubringen.

„Ohne Europa wird es keine Antwort auf die großen Herausforderungen, denen wir heute gegenüberstehen, geben“. Dabei können nicht einige Regierungen die Richtung vorgeben, sondern die gemeinsame politische Position müsse im Rahmen der Gemeinschaftsinstitutionen definiert werden. Pöttering kritisierte in diesem Zusammenhang Äußerungen des niederländischen Außenministers Bot, dass die Verfassung tot sei, auch als einen Anspruch auf Dominanz, da er sich über die Meinung einer Vielzahl von Ländern, die die Verfassung bereits ratifiziert haben, hinwegsetze.



Hans-Gert Pöttering (rechts) mit dem österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel

Pöttering forderte die österreichische Präsidentschaft auf, den Mittelstand in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Überlegungen zu stellen. Dabei gehe es nicht um Subventionen, sondern um eine steuerliche und bürokratische Entlastung dieser Unternehmen. Wichtig sei auch die Verwirklichung des Binnenmarktes. Dazu gehöre auch die Verabschiedung der Dienstleistungsrichtlinie.

Im Rahmen der Verfassungsdebatte forderte Pöttering Schüssel auf, einen Fahrplan für den weiteren Fortgang der Debatte zu erarbeiten, damit diese in ei-

nem überschaubaren Zeitrahmen zu einem Ergebnis führen kann.

Im Hinblick auf die Frage der Energieversorgung Europas betonte Pöttering, dass diese nicht als machtpolitisches Instrument missbraucht werden dürfe. Es sei nicht akzeptabel, wenn die Ukraine gegenüber Weissrussland bei den Energielieferungen aus Russland benachteiligt würde. Europa solle ein Anwalt seiner Nachbarn sein, wenn es darum gehe, Demokratie, Menschenrechte und rechtsstaatliche Entwicklung in den Nachbarländern der Europäischen Union zu fördern.

## Kein Grund zur Panik!

**Angesichts der Ausbreitung der Vogelgrippe sollten wir das Risiko einer Mensch-zu-Mensch-Übertragung des Virus ernst nehmen.**

Klar ist allerdings: Es besteht kein Grund zur Panik. Denn bislang ist eine Übertragung des Virus vom Menschen auf den Menschen nicht erfolgt. Die uns verbleibende unbestimmte Zeit bis zum möglichen Ausbruch einer Pandemie sollten wir sinnvoll nutzen, um im Ernstfall bestens gerüstet zu sein.

Die gemeinsamen Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz haben gezeigt, dass die Koordinations- und Kommunikationsstrategie von Bund und Ländern effizienter und transparenter zu gestalten ist. Es kommt im Pandemiefall auf Schnelligkeit und reibungslose Abläufe mit möglichst wenig Schnittstellenproblemen und klaren Entscheidungskompetenzen an.

Bundesregierung und Bundesländer sind aufgefordert, die Impfstoffkapazitäten für die zweite Welle abschließend vertraglich zu re-



Annette Widmann-Mauz

geln und auf produktionssteigernde Kapazitäten hinzuwirken. Um in der ersten Welle einer Pandemie reagieren zu können, erscheint nach Ansicht der Experten die Impfung mit Impfstoffen der II. Generation sinnvoll, die einen breiteren, gegen mehrere Virusstämme gerichteten Schutz hervorrufen sollen. Die notwendigen Vorbereitungen im Hinblick auf die Entwicklung, Produktion und Beschaffung solcher Impfstoffe sind daher jetzt anzugehen.

**Annette Widmann-Mauz** ist die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Familie und Beruf werden besser vereinbar

**Der von der Bundesregierung beschlossene Gesetzesentwurf zur steuer-**



Johannes Singhammer

**lichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung ist ein wichtiger Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.**

Ziel ist, den privaten Haushalt als Arbeitgeber steuerlich zu fördern und Schwarzarbeit zu bekämpfen. Der Vorteil für die Familien: Sie erhalten die Möglichkeit, erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten wie Werbungskosten steuerlich geltend zu machen. Das ist ein Erfolg für Familienministerin von der Leyen nur wenige Wochen nachdem die Tinte unter dem Koalitionsvertrag getrocknet ist.

In den parlamentarischen Beratungen wird zu klären sein, wie die komplizierten steuerlichen Sachverhalte möglichst einfach gestaltet werden können. Es ist zu beraten, welchen Beitrag Alleinverdiener-Haushalte zur Ankurbelung des Arbeits-

marktes leisten können. Bei den von den Sozialdemokraten gewünschten Änderungen gilt es abzuwarten, welche Berechnungsvorschläge vorgelegt werden und welche Wirkungen sich für Familien insbesondere im Vergleich zur bisherigen Rechtslage ergeben.

**Johannes Singhammer** ist der familienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Arbeitsplatz Privathaushalt fördern

**Es ist das große Verdienst von Bundesministerin Ursula von der Leyen, dass mit dem Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung eine grundlegend verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten im Bun-**

**deskabinett beschlossen wurde.**

Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt es sehr, dass in diesem Bereich nun 460 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Dies ist familien-, vor allem aber beschäftigungspolitisch ein Erfolg! Nach der Kabinettsvereinbarung sollen Betreuungskosten für Kinder bis sechs Jahren von 1000 bis

## GRÜNE WOCHEN: INFORMATION AUS ERSTER HAND

Zahlreiche Fachgespräche mit Vertretern des Deutschen Bauernverbandes und der Nahrungsmittelwirtschaft standen auf dem Besuchsprogramm des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, auf der Grünen Woche.

Traditionell im Januar bietet die Grüne Woche in Berlin einem großen Publikum Einblicke in die Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie und regionale Besonderheiten deutscher und internationaler Regionen. Auch der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder nutzte – zusammen mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Zöller und dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Ver-



Wolfgang Zöller, Volker Kauder, die Präsidentin des Landfrauenverbandes, Erika Lenz, und Peter Bleser (von links)

braucherschutz Peter Bleser – die Gelegenheit, sich aus erster Hand zu informieren.

Im Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner, hob Kauder die Bedeutung der heimischen Landwirtschaft hervor. Außerdem kamen die Themen der steuerlichen Behandlung von Biotreibstoffen und die Situation der

Zuckerrübenwirtschaft und die Frage der Saisonarbeitskräfte zur Sprache.

Kauder erläuterte auch die Position der Union bei der Frage der Beschäftigung von Saisonarbeitskräften als Erntehelfer. Kauder: „Es geht nicht nur um die Regelung für das aktuelle Jahr, sondern auch um eine langfristig tragfähige Lösung in den kommenden Jahren.“



Ursula Heinen

5000 Euro absetzbar sein. Für Kinder von sechs bis 14 Jahren sollen die Kosten vom ersten Euro an bis 4000 Euro steuerlich geltend gemacht werden können.

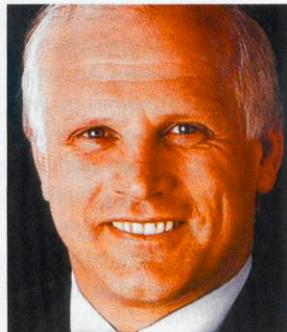
Diese Differenzierung macht durchaus Sinn. Es geht bei diesem Gesetzentwurf nicht darum, Kindergartenbeiträge an erwerbstätige Eltern rückzuerstatten. Dies wäre aus beschäftigungspolitischer Sicht wirkungslos und würde familienpolitisch nicht hinnehmbare Ungleichbehandlungen nach sich ziehen. Erwerbstätige Eltern haben aber in der Regel zusätzliche Ausgaben in der Kinderbetreuung, etwa am Nachmittag.

Zudem sind die Kindergartenbeiträge schon heute einkommensabhängig. Und so zahlen Geringverdiener angemessen wenig Beiträge oder überhaupt keine. Genauso sieht es bei der Steuerbelastung aus. Die soziale

Gerechtigkeit ist somit bereits gewahrt. Diese Fakten sollten auch im weiteren Verfahren beachtet werden.

Wir wollen mit den Neuregelungen bewirken, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einerseits mehr als bislang unterstützt wird, und dass gleichzeitig im Privathaushalt Arbeitsplätze entstehen.

**Ursula Heinen** ist die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der Fraktion.



Peter Bleser

## Misstände melden

**Der Beschluss der Bundesregierung zur Zahl der ab diesem Jahr in landwirtschaftlichen Betrieben einsetzbaren ausländischen Saisonarbeitskräfte muss überdacht werden, sobald sich herausstellt, dass vom heimischen Arbeitsmarkt nicht genügend Arbeitskräfte rekrutiert werden können.**

Ansonsten ist zu befürchten, dass es aufgrund dieser Regelung zu Behinderungen bei der Ernte von Gemüse, Obst oder Wein kommen wird. Damit wären auch Dauerarbeitsplätze heimischer Arbeitnehmer in Gefahr.

Daher ist es für die Betriebsleiter ratsam, sich frühzeitig mit den ortsansässigen Arbeitsagenturen in Verbindung zu setzen und

ihren Bedarf anzumelden. Sollte es zu verstärkten Meldungen über Probleme bei der Bereitstellung von Saisonarbeitskräften kommen, wird die CDU/CSU-Fraktion auf das Arbeitsministerium zugehen und sich in Anbetracht der Situation nochmals für eine Korrektur der Maßnahme einsetzen.

**Peter Bleser** ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der Bundestagsfraktion.

## Bahn-Gutachten ist wichtige Diskussionsgrundlage

**Das Gutachten von Booz Allen Hamilton zu den Möglichkeiten des Börsengangs der DB AG bildet eine umfassende Diskussionsgrundlage für alle weiteren Überlegungen zum Börsengang der DB AG.**



Hans-Peter Friedrich



Dirk Fischer

werbsfähige Bahn für Deutschland und ein Schienenverkehrsunternehmen DB AG, das mehr und mehr von Steuergeldern unabhängig wirtschaftet.

### Hans-Peter

**Friedrich** ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender, **Dirk Fischer** verkehrspolitischer Fraktionssprecher.



## Union stärkt kommunale Selbst- verwaltung

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion versteht sich auch zukünftig als Interessenvertreter der Städte, Gemeinden und Landkreise. Die ersten kommunalpolitischen Erfolge der unionsgeführten Bundesregierung belegen, dass sich dieser Einsatz lohnt.**

Das von Volker Kauder skizzierte Programm zur Wiederbelebung der kommunalen Selbstverwaltung zielt darauf ab, die anhaltende Krise der Gemeindefinanzen zu überwinden und die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. So werden wir finanziellen Übergriffen des Bundes auf die Kommunen im Rahmen der vereinbarten Föderalismus-

reform einen dauerhaften ordnungspolitischen Riegel vorschieben. Wie bei den jüngsten Beschlüssen zum notwendigen Ausbau und zur Pflege der Infrastruktur des Wirtschaftsstandorts Deutschland werden auch zukünftig berechnete kommunale Interessen zu den einzelnen Sachfragen berücksichtigt. Die Themenpalette ist dabei breit gefächert und reicht von Ausgabentlastungen, über Standardabbau und Bürokratie-TÜV, über die städtebauliche Anpassung an die demografische Entwicklung bis hin zu konkreter Hilfestellung beim Integrationsprozess von Migrantinnen vor Ort.

Die Signale sind klar. Wir wollen starke und leistungsfähige Städte und Gemeinden, die in der Lage sind, ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. **Peter Götz** ist kommunalpolitischer Fraktionssprecher.



Peter Götz

Die Signale sind klar. Wir wollen starke und leistungsfähige Städte und Gemeinden, die in der Lage sind, ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.

**Peter Götz** ist kommunalpolitischer Fraktionssprecher.



## Leporello „Neue Möglichkeiten für Jugendliche.“

Bestell-Nummer: **2284**  
Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
inkl. MwSt.: 11,77 €



## Leporello „Neue Möglichkeiten für Forscher.“

Bestell-Nummer: **2285**  
Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
inkl. MwSt.: 11,77 €



## Leporello „Herausforderungen und Chancen für Hochschullehrer und Studierende.“

Bestell-Nummer: **2286**  
Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
inkl. MwSt.: 11,77 €



## Leporello „Bessere Chancen für Menschen in den neuen Ländern.“

Bestell-Nummer: **2287**  
Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Mehr Qualität für Schüler und Lehrer.“**

Bestell-Nummer: **2288**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Bessere Chancen für Arbeitsuchende.“**

Bestell-Nummer: **2289**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Unsere Konzepte in der Steuerpolitik.“**

Bestell-Nummer: **2290**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Mehr Sicherheit.“**

Bestell-Nummer: **2291**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Verlässliche Sozialsysteme.“**

Bestell-Nummer: **2292**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



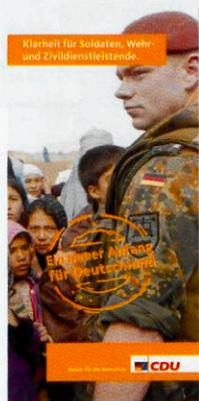
**Leporello**  
**„Bessere Startchancen für Existenzgründer.“**

Bestell-Nummer: **2293**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



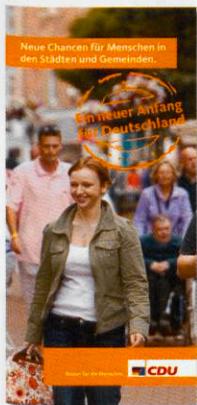
**Leporello**  
**„Mehr Chancen für Mittelständler.“**

Bestell-Nummer: **2294**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Klarheit für Soldaten, Wehr- und Zivildienstleistende.“**

Bestell-Nummer: **2295**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Bessere Chancen für Frauen.“**

Bestell-Nummer: **2296**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Neue Chancen für Menschen in den Städten und Gemeinden.“**

Bestell-Nummer: **2297**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



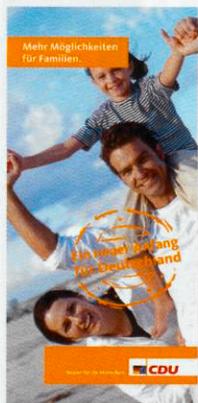
**Leporello**  
**„Neue Chancen in der Energie- und Umweltpolitik.“**

Bestell-Nummer: **2298**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Mehr Schutz für Verbraucher.“**

Bestell-Nummer: **2299**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Neue Chancen für die Landwirtschaft.“**

Bestell-Nummer: **2300**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Mehr Möglichkeiten für Familien.“**

Bestell-Nummer: **2301**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Bessere Zukunftschancen für Arbeitnehmer.“**

Bestell-Nummer: **2302**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €



**Leporello**  
**„Mehr Möglichkeiten für ältere Menschen.“**

Bestell-Nummer: **2303**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,77 €

## Beliebte Streuartikel für Ihre Wahlkampfaktivitäten!

### Bleistift

Bestell-Nummer: **9036**  
 Preis je **100 Stück: 13,50 €**  
 inkl. MwSt.: 15,66 €



## Für die kalte Jahreszeit genau das Richtige.

### „Der Luftmacher“ – Freshmint-Tütchen

Bestell-Nummer: **9110**  
 Preis je **200 Stück: 22,00 €**  
 inkl. MwSt.: 25,52 €



### „Der Fitmacher“ – Vitaminbonbons

3g Minibonbon

Bestell-Nummer: **9177**  
 Preis je **1 kg (ca. 333 Bonbons): 8,00 €**  
 inkl. MwSt.: 8,56 €



### Vitaminbonbon-Set

3 kg Bonbons + Bonbonschüttglas  
 im Karton

Bestell-Nummer: **9178**  
 Preis **3 kg + Glas: 24,00 €**  
 inkl. MwSt.: 25,68 €





## Eiskratzer

Bestell-Nummer: **9890**  
Preis je **70 Stück: 45,00 €**  
inkl. MwSt.: 48,15



## Feuerzeug

Bestell-Nummer: **9506**  
Preis je **50 Stück: 27,00 €**  
inkl. MwSt.: 31,32 €

## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 0 52 41-804 18 92  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de